

## **Grundeinkommen - In Freiheit tätig sein**

### **Workshop 2**

#### **Grundeinkommen und weitere Formen der öffentlichen Daseinsvorsorge**

#### **Ein gutes Leben ist unser Recht**

**Anne Alex**

1. Die Einkommenssituation von Erwerbslosen und Beschäftigten einerseits und Kapitaleignern andererseits spitzt sich seit den 1990er Jahren zu. Während die einen von ihrer Erwerbsarbeit und ihren Sozialeinkommen nicht mehr existieren können, erzielen die anderen Einkommen über Höchstprofite und zahlen Steuern als wohlmeinende Geschenke an den Staat, wenn ihren mal so ist. Diese Situation ist die Folge der Politik der Bundesregierungen seit den 1980er Jahren. Sie haben Arbeitsförder- und Sozialhilfeleistungen sowie die Mittel für den öffentlichen Dienst beständig verringert zugunsten der andauernden Steuerentlastung großer Kapitalien und der Vermögenden.
2. Mit der Losung "Arbeit verbilligen, Umwelt verteuern" drehen Sozialdemokraten und Bündnisgrüne seit sieben Jahren an der Lohn-Preis-Spirale. Während die Löhne und Gehälter sinken, die öffentlichen Kassen an Schwindsucht leiden und Massenentlassungen erfolgen, wachsen die Verbraucherpreise in den Himmel. In Folge andauernder Lohnnebenkostensenkung werden Erwerbslosen die Existenzmittel zunehmend entzogen. Sozialdemokraten redeten von "Vollbeschäftigung" und behaupten, dass "Sozial ist, was Arbeit schafft". Inzwischen ist bezahlbare sozialversicherungspflichtige Erwerbsarbeit ein rares Gut. Heutzutage reden Sozialdemokraten der Erwerbsarbeit um jeden Preis das Wort ebenso wie die Liberalen für die "Arbeit hat Vorfahrt" hat.
3. Innerhalb der Erwerbsarbeitsstatistik zählen inzwischen auch rund 236.000 Ein-Euro-Jobs (August 2005) als Erwerbsarbeit. Erwerbslose Hilfebedürftige erhalten die neue Fürsorgeleistung Arbeitslosengeld II. Sie liegt unterhalb der bisherigen Sozialhilfe. Diese Menschen werden im Rahmen der Workfare von den Jobcentern gezwungen, einer bis zu dreißigstündige Arbeit nachzugehen. Sie arbeiten häufig entsprechend ihrer Qualifikation und jahrelangen Berufserfahrung unter Weisungsbefugnis und der Bedrohung der Verkürzung ihrer kleinen Existenzmittel. Sie erhalten im Monat 345 Euro Regelleistung, angemessene Unterkunfts- und Heizkosten (ca. 360 Euro Bruttowarmmiete) und eine Mehraufwandspauschale von 1 Euro bis 1,50 Euro pro Stunde für Fahrtkosten, Arbeitsmittel und Arbeitsbekleidung. Diese erzwungene Arbeit ohne Lohn markiert den Beginn eines organisierten kommunalen Arbeitsdienstes.
4. Die öffentliche Infrastruktur von Bund, Ländern und Kommunen wird seit Jahren privatisiert. Soziale Infrastruktur wurde im Rahmen der Entwicklung zum schlanken Staat ausgegliedert, privatisiert oder abgeschafft. Aus beiden Entwicklungen ergeben sich wachsende Verbraucherkosten oder ein nicht möglicher Zugang zu diesen Dienstleistungen.
5. Sozialräumliche Verteilungsansätze sozialwirtschaftlicher Natur sind keine Alternative für bessere Versorgung aller Menschen mit öffentlicher und sozialer Infrastruktur. Es bedarf eine grundlegenden Kehrtwende in der Politik, die allen Menschen ein existenziell ausreichendes Einkommen und Auskommen garantiert und ihren erschwingliche öffentliche und kostenlose soziale Infrastruktur vorhält. Denn ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle kann zwar grundlegende Änderungen am Arbeitsmarkt bewirken, aber Teuerungsprozesse der öffentlichen und sozialen Dienstleistungen nicht aufhalten.

6. Bedingungsloses Grundeinkommen für alle muss deshalb mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich und einer Rücknahme der Privatisierung in den Bereichen der öffentlichen und sozialen Infrastruktur einhergehen. All dies verlangt eine grundlegend andere Steuer- und Wirtschaftspolitik mit Investitionslenkung und Preisbindungspolitik.

7. Die Verteidigung des Anspruches auf ein lebenswertes, gutes Leben für alle ist kein Mißbrauch. Ein gutes Leben ist das Recht aller Menschen. Da Rechte nicht vom Himmel fallen, müssen wir sie erkämpfen.